



Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

31. Sitzung (öffentlich)

9. Januar 2003

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.35 Uhr

15.45 Uhr bis 16.10 Uhr

Vorsitz: Joachim Schultz-Tornau (FDP)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Aktuelle Viertelstunde

Anfrage der CDU-Fraktion zur Situation nach In-Kraft-Treten der Zwangsfusion der Universitäten Duisburg und Essen

1

- Bericht der Ministerin Hannelore Kraft, Aussprache.

1 Gesetz zur Aufhebung des Hochschulgebührengesetzes, zur Einführung von Studienkonten und zur Erhebung von Hochschulgebühren (Studienkonten- und -finanzierungsgesetz - StKFG) sowie zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/3023

Vorlage 13/1805

Ausschussprotokoll 13/696

5

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung lehnt den Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer erneuten Anhörung mit den

Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ab.

Sodann stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/3023 - vgl. Anlage zu Drucksache 13/3432 - mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zu.

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung stimmt dem geänderten Gesetzentwurf Drucksache 13/3023 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zu.

**2 Keine Rückmeldegebühren in NRW
Haushaltssanierung nicht auf Kosten der Studierenden und Hochschulen**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2659
Vorlage 13/1806

12

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung erklärt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 13/2659 für erledigt.

3 Zukunft der Musikhochschulen in Nordrhein-Westfalen nach der Evaluation

13

- Bericht der Ministerin Hannelore Kraft, kontroverse Aussprache.

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung lehnt den Antrag der CDU-Fraktion zu TOP 3 "Beibehaltung der Eignungsprüfungen an den Musikhochschulstandorten Dortmund und Münster zum Sommersemester 2003" - vgl. Anlage zu diesem Protokoll - mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ab.

4 Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen (EntlKommG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3177

24

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung gibt kein Votum ab.

5 Globale Minderausgaben im Bereich Wissenschaft und Forschung im Haushalt 2003

25

- Bericht der Ministerin, Aussprache.

6 Gesetz über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Juristenausbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen - JAG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/3197 und 13/3244
Vorlage 13/1794

26

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/3197 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zu.

7 Kultusministerkonferenz handlungsfähig machen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3204

27

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung lehnt den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 13/3204 mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion ab.

Studenten aufzunehmen. Das habe mit einer Ressourcenüberprüfung zu tun. Die Standorte Wuppertal und Aachen nähmen begrenzt auf, um auch Änderungen möglich zu machen.

Ministerin Hannelore Kraft hält fest, es gebe dort eine Selbstbeschränkung. Das sei auch keine Benachteiligung der Standorte. Bei den Standorten, die im Gutachten ausdrücklich genannt worden seien, habe sie vorbeugend dieses Schreiben an die Hochschulen herausgegeben lassen, um die Chance für Veränderungen an diesen Standorten offen zu halten. Das sei auch keinerlei Präjudiz für das, was hinterher im Gesamtkonzept erscheinen werde.

Zum Sommersemester würden im Übrigen immer weniger Studentinnen und Studenten aufgenommen als zum Wintersemester. Dass es einzelne Studenten gebe, die sich ausschließlich an einer Hochschule bewürben, wäre sehr ungewöhnlich. Wenn es um Veränderungen der Abteilungen gehe, müsse das Hochschulgesetz geändert werden. Damit werde sich natürlich auch das Parlament beschäftigen.

An Herrn Franke gewandt, fährt die Ministerin fort, den Gegensatz zwischen ihr und ihrem Haus gebe es nicht. Es sei sehr einvernehmlich gemacht worden.

Die Unruhe an den Standorten sei schon vorher vorhanden gewesen, da gesagt worden sei, dass man das Gutachten zur Kenntnis nehmen müsse und den Weg für Veränderungen offen halten werde. Immer wieder komme es zu Spannungen zwischen der Landesplanung und dem verständlichen Drang an den Hochschulen, keinerlei Veränderungen in Kauf nehmen zu müssen. Das habe sie in der Politik schon öfter festgestellt.

(Kurze Unterbrechung)

Der **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung lehnt den Antrag der CDU-Fraktion zu TOP 3 "Beibehaltung der Eignungsprüfungen an den Musikhochschulstandorten Dortmund und Münster zum Sommersemester 2003" - vgl. Anlage zu diesem Protokoll** - mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **ab**.

4 Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen (Entl-KommG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3177

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung gibt kein Votum ab.

09.01.2003

Antrag
der Fraktion der CDU

**für die Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung
am 9. Januar 2003
zu TOP 3:
Zukunft der Musikhochschulen in Nordrhein-Westfalen nach der Evaluation**

**Beibehaltung der Eignungsprüfungen an den Musikhochschulstandorten
Dortmund und Münster zum Sommersemester 2003**

Der Ausschuss Wissenschaft und Forschung beschließt:

An den Musikhochschulstandorten Dortmund und Münster werden auch zum Sommersemester 2003 Eignungsprüfungen im üblichen Verfahren durchgeführt und Studierende aufgenommen.

Begründung:

Obwohl das Ministerium für Wissenschaft und Forschung noch kein Gesamtkonzept für die Struktur der Musikhochschullandschaft in NRW vorgelegt hat, sollen durch einen Brief des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung vom 18. November 2002 („Aufnahme von Studierenden zum Sommersemester 2003“) bereits Fakten geschaffen werden.

In diesem Brief werden die beiden Hochschulstandorte gebeten, „von der Neuaufnahme von Studierenden zum Sommersemester 2003 abzusehen“.

Ein Aussetzen der Eignungsprüfungen, die üblicherweise Ende Januar durchgeführt werden, bedeutet eine Gefährdung der Existenz der Standorte und führt zu deren „kalter Abwicklung“. Insofern ist der vorliegende Antrag von äußerster Dringlichkeit.

Manfred Kuhmichel
Tanja Brakensiek
Dr. Renate Düttmann-Braun
Dr. Hans-Joachim Franke

Rudolf Henke
Dr. Hans-Ulrich Klose
Marie-Theres Ley
Helmut Stahl